

Berlin, Donnerstag,

den 6. August 1891.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Als Gratis-Beilagen erscheinen:

Submissions-Anzeiger.

Hôtels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Inserctions-Gebühr:

die viergespaltene Zeile 40 Pf.

Reclametzeit 80 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Berliner

Börsen-Beitung.

Abonnements werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Die Abschaffung des „arbeitslosen Erwerbes“ im socialdemokratischen Zukunftsstaate.

In dem neuen Programm der socialdemokratischen Partei heißt es: „Die im Wesen der capitalistischen Production begründete Planlosigkeit erzeugt zwar eine immer länger andauernde Krise und Arbeitslosigkeiten, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unruhe zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweisen liefern, daß die Klasse der Aneignen der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verloren hat.“ Die „Planlosigkeit“ der capitalistischen Production“ wird also für als das Grundübel unserer socialen Mißstände bezeichnet; dieses Grundübel anzuhängen, strebt die socialdemokratische Partei die Umwandlung der Arbeitsmittel in Gemeineigentum der Gesellschaft und die Umwandlung der capitalistischen Production in socialistische Production an. Diese Vorschläge des neuen Programms erscheinen indessen einigen Gegnern der Socialdemokratie noch nicht deutlich, radical und revolutionär genug, und man muß zugestehen, daß die Vorschläge der großen Masse des „arbeitenden Volkes“ ziemlich unklar vorzukommen werden. Ein Herr Benedict Friedländer führt deshalb in „Vorwärts“ diese Vorschläge des Weiteren aus und tritt ihnen zum Teil entgegen. So sucht Friedländer nicht in der Planlosigkeit der Production, d. h. der Ueberproduction der Waaren das Hauptübel, sondern in der Unfähigkeit des „arbeitenden Volkes“, sich diese Waaren anzueignen, und den Grund dieser Unfähigkeit findet er wiederum — in der Aneignung der Massen durch den arbeitslosen Erwerb, d. h. durch die Grundrente, Zins und Unternehmerprofit. Er will deshalb die Abschaffung dieses „arbeitslosen Erwerbes“ in den Programmtext eingefügt wissen und formuliert den betreffenden Satz folgendermaßen: „Die socialdemokratische Partei erhebt daher mit allen dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln die Abschaffung des arbeitslosen Erwerbes, d. h. des Zinses, der Grundrente und des Unternehmerprofits, was nur durch Umwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und durch Umwandlung der privatcapitalistischen Production in socialistische Production geschehen kann.“

Da hätten wir also das socialdemokratische Heilmittel der socialen Mißstände, die Lösung der socialen Frage gefunden! Nur schade, daß Herr Friedländer nicht anzugeben vermag, wie dieses Ziel, die Abschaffung aller Renten, Zinsen u. s. w., zu erreichen ist. Er begnügt sich wie alle socialdemokratischen Apokalypten damit, ein ideales Zukunftsgebilde der Menge vorzumalen und die Ausführung desselben der Zukunft zu überlassen. Er verspricht ein Paradies auf Erden, eine solche „ungeheuerere Steigerung der Production, daß nicht nur gerechte Verteilung, sondern allgemeiner Reichtum die Folge wäre“, aber er zeigt nicht, wie die ungeheuerere Steigerung der Production und dieser allgemeine Reichtum zu erzielen ist und wie die gerechte Verteilung der immensen Reichthümer zu erreichen wäre. Es scheint ihm indessen, gleich dem Vater der Socialdemokratie, Marx, vorzuschweben, daß der Uebergang in den socialdemokratischen Staat nicht ohne schwere Kämpfe vor sich gehen wird, denn er verspricht jene immensen Reichthümer erst „nachdem erst einmal die unmittelbaren Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs überwunden wären und insbesondere die gegenwärtig unzureichende Nahrungsmittel-Production sich gebildet hätte.“ Uebrigens wir auch die „unmittelbaren Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs“ des Deutschen Volkes, die doch nur in unermeßlichem Elend und in grenzenloser Armut bestehen könnten, um uns ein Bild von dem neuerfindenden „socialen Staat“ oder „idealen Socialstaat“ ohne den „arbeitslosen Erwerb“ zu machen.

In Stelle der jetzigen capitalistischen Produktionsweise ist die socialistische Production getreten, d. h. aller Grund und Boden, alle Häuser, Gerätschaften, Maschinen, Werkzeuge, Bergwerke, Gruben, Verkehrsmittel, kurz sämtliche Gegenstände, durch welche die capitalistische Production des alten Staates Waaren und Werth erzeugte, beförderte, verarbeitete und verbreitete, sind Eigentum der Gesellschaft, d. h. des neuen Staates geworden, dessen politische Leiter nunmehr auch die kaufmännischen Leiter der Production sind. Der Staatsbürger ist „Staatsarbeiter“ geworden und arbeitet nicht mehr für sich, sondern für die Allgemeinheit, für den Staat, der alle Arbeits- Erzeugnisse sammelt, alle Werthe aufspeichert und sie unter die einzelnen Arbeiter je nach ihrer Arbeitsleistung und ihren „vernünftigen Bedürfnissen“ verteilt. Das wird kein leichtes Geschäft sein! Die älteren Socialisten machten sich die Aufgabe leichter, indem sie einfach mit der Zahl der „Arbeiter“ die Menge der Werthe dividirten und jedem „Arbeiter“ das gleiche Einkommen zuwies. Die neue wissenschaftliche Methode des Herrn Reichardt will indessen nicht die gleichmäßige Verteilung des Arbeitervermögens, sondern die individuelle Verteilung nach vernünftigen Bedürfnissen. Da wäre die erste Ungleichheit im neuen Staat und der Keim zu neuer Ungleichheit und erneuten Unfrieden gegeben! Doch lassen wir diese Ungleichheit im socialen Idealstaat bei Seite und beschäftigen wir uns mit der Abschaffung des „arbeitslosen Erwerbes“.

Es ist richtig, daß in dem neuerfindenden Staate, „nachdem die unmittelbaren Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs (Armut, Elend, Krieg u. s. w.) überwunden wären“, keine Grundrente, keine Zinszahlung und kein Unternehmergewinn bestanden, einfach, weil es keine Grundbesitzer, keine Capitalisten und keine Unternehmer mehr geben würde. Wir befinden uns also in dem Zustande derjenigen Länder, welche von einem kriegerischen Volkstamm nach gänzlicher Vertilgung der alten Bevölkerung in Besitz genommen waren. Die Eroberer verteilten die Ländereien u. s. w. unter sich, jeder erhielt einen gleichen Antheil zur Bearbeitung, nicht zum individuellen Besitz, und mußte die erarbeiteten Beträge an die gemeinschaftliche Kasse abliefern, aus der er wieder sein Einkommen nach seinen vernünftigen Bedürfnissen bezog. Es ist derselbe Zustand, in dem sich der römische Staat in seinen Ursprüngen befand, derselbe Zustand etwa, in dem die Urbewohner des alten Germaniens lebten. Im römischen Staate änderte sich die gleichmäßige Verteilung des Grund und Bodens sehr bald, und die ausgedehnten Ländereien fielen vorzugsweise der Benutzung der Großen des Staates zu, welche dann mit Erfolg befruchteten waren, sie in ihr individuelles Eigentum zu verwandeln. Wie gut dies ihnen gelang, lehrt uns die Römische Geschichte! Schon nach wenigen Jahrhunderten hand den wenigen Besitzern großer Güter eine beispiellose Menge gegenüber. Auch in Deutschland hatte die ursprüngliche Gleichheit der Besitzer, hier der freien Bauern, dem gewöhnlichen Lauf der Dinge nach größeren Vermögensunterschieden weichen müssen, indess ist anzunehmen, daß in dem neuen Socialstaat die Dinge denselben Lauf nehmen werden, wenn nicht zugleich mit der Abschaffung des ungleichen individuellen Besitzes die individuellen Eigenschaften des Menschen Fleiß und Tätigkeit, Muth und Feigheit, Sparsamkeit und Verschwendung u. s. w., abgeschafft werden können. Das aber wird selbst die Kraft der Socialreformatorn übersteigen.

Wie aber sieht es mit Abschaffung des „arbeitslosen Erwerbes“, d. h. der Grundrente und des Zinses? Die Grundrente, der Zins, der Unternehmergewinn stellt sich dar als ein Reservefonds, der die Fortführung der Arbeit auf dem Landgute, in den Geschäften und in den Unternehmungen ermöglicht. Sollte der reine Arbeitsvertrag des Bauern, der Geschäftes, der Unternehmungen, seien es private oder Unternehmungen von dem Einzelnen oder von der Gesamtheit, was ja auf eins herauskommt, aufgegeben werden, so würde das Unternehmen sehr bald stagnieren und zusammenbrechen. Es müssen, um ein Unternehmen, welcher Art es auch sei, gewinnbringend fortzuführen, von Zeit zu Zeit neue Aufwendungen

für das Unternehmen gemacht werden. Dies müßte auch der sociale Idealstaat thun, sollte in ihm nicht bald jede gewinnbringende Thätigkeit ruhen. Das Eisenbahnmateriale müßte erneuert werden, das Handwerkzeug des Handarbeiters irgendwelcher Art ersetzt und das Inventar der Ackerbau treibenden vervollkommen werden. Der einzelne Arbeiter des Zukunftsstaates ist hierzu nicht im Stande, da er ja nur das zu seinem Unterhalt nötige Einkommen vom Staate bezieht und keine Capitalien anfangen darf, aus denen er die Reparaturen bezahlen kann. Es müßte also der Staat hierfür eintreten und jährlich eine große Summe für Erneuerungen der Arbeitsmittel, Meliorationen des Bodens, Aufbau der Häuser u. s. w. aufwenden. Diese Summe müßte aber doch aus den Erträgen der Arbeiter genommen werden, d. h. es müßte aus den Erträgen der gemeinsamen Arbeit ein Reservefonds gebildet werden zur Erneuerung u. s. w. der gemeinsamen Arbeitsmittel. Es ist dabei vollständig irrelevant, ob dieser Reservefonds aus Goldbarren, gemünztem Gelde, Papiergeld oder anderen Werthgegenständen, die unmittelbar der gemeinsamen Arbeit entsprungen, bestehen würde; auf alle Fälle würde er ein aufgespeichertes Capital darstellen, aus dem die gemeinsamen Bedürfnisse des Volkes befriedigt würden. Zu diesem gemeinsamen Capital — heute nennen wir es Nationalvermögen — füereten sämtliche „Staatsarbeiter“ einen Theil ihres Arbeitsvertrages bei, wir kämen also wieder auf den Begriff unserer Staatssteuer und unserer Grundrente. Wenn heute der Staat die allgemeinen Bedürfnisse aus den Steuern oder durch Anleihen deckt, so bedeutet dieses System nichts anderes, als daß er zur Bestreitung der allgemeinen Bedürfnisse einen Theil der Einkommen des Einzelnen für sich in Anspruch nimmt und sie im Interesse der Gesamtheit verwendet. Dasselbe geschähe in dem socialistischen Zukunftsstaate durch Zurückbehaltung eines Theils des Reinertrages der Arbeit, mit dem Unterschiede von dem heutigen System, daß heute jeder aus seiner individuellen Kraft zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben beisteuert, während im socialistischen Zukunftsstaate von jedem der gleiche Arbeitsvertrag zurückbehalten werden müßte, sollten nicht wieder sociale Ungleichheiten entstehen. Man sieht, Grundrente und Unternehmergewinn bleibt auch in dem socialistischen Zukunftsstaate bestehen; es ist indessen nicht der Einzelne, welcher diese Grundrente oder Unternehmergewinn erhebt, sondern der Staat als alleiniger Eigentümer. Diese Ansammlung der Grundrente und des Unternehmergewinns in eine Hand müßte aber nothgedrungen zu den unhaltbaren Zuständen im Leben der gesamten Nation führen, wenn man sich im socialen Zukunftsstaate nicht auf das primitive Dasein des Menschen beschränken will. Dies liegt aber durchaus nicht in der Absicht der socialdemokratischen Reformatorn, sondern sie wollen im Gegentheil Reichthümer auf Reichthümer häufen, um ein irdisches Paradies zu schaffen. Sie würden aber nichts weiter hervorbringen, als allgemeine Unzufriedenheit, deren Zusammenbruch des socialen Idealstaates in kurzer Zeit folgen müßte.

Telegraphische Depeschen.

Beit. 5. August. (S. T. G.) Abgeordnetenhause. Die Debatte über § 1 der Verwaltungsreformvorlage wurde geschlossen, morgen erfolgt die namentliche Abstimmung über den Paragraphen. In Verantwortung einer Interpellation, betreffend die Ansprache des hiesigverreidenden Corpscommandanten im Agrar. Reichth. v. Bestoldtsheim, an das dortige Officiercorps, erklärte der Ministerpräsident Graf Szopary, er habe sich an den Kriegsminister gewandt, welcher die in den Journalen enthaltene Meldung über den Anfall der Ansprache für un begründet erklärte. Reichth. v. Bestoldtsheim selbst habe versichert, nicht auf höheren Befehl gesprochen und lediglich geizig zu haben, das Regiment wäre einige Zeit hindurch Verachtungen und Beschuldigungen ausgesetzt gewesen, habe aber trotzdem seine Ruhe und Würde bewahrt. Er erwarte eine gleiche Haltung auch in Zukunft. Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.